

**StZ von heute**

Thema des Tages

StZ Artikel suchen

Aus der Zeitung vom

26.09. Fr

Stichwortsuche

Seite 1

► Politik

Die 3. Seite

Stuttgart

Region Stuttgart

- Kreis Esslingen
- Kreis Göppingen
- Kreis Ludwigsburg
- Kreis Böblingen
- Rems-Murr-Kreis

Im Südwesten

Wirtschaft

Kultur

Sport

Aus aller Welt

Das Buch

**News**

**Was Wann Wo**

**Märkte**

**Verlags-Service**

**webbes.de**

Baden Württemberg  
im Internet

**Browsercheck**

**Schriftgröße ändern**

A : A

**Politik**

Artikel aus der  
Stuttgarter Zeitung  
vom 19.09.2003

[  ]

[  ]

[ <<< zurück ]

**Die Kinder des Frustrmonats November  
kämpfen gegen den Reformstau**

**Bürgerinitiativen formieren sich gegen den  
Stillstand in der Bundesrepublik - Debattiermüde E-  
Mail-Schreiber, bürgerliche Visionäre und  
finanzstarke Aufklärer**

In Deutschland machen Bürgerinitiativen gegen den Reformstau in der Bundespolitik mobil. Gemeinsames Ziel ist, ein Klima für marktwirtschaftliche Reformen zu schaffen. Während die einen E-Mails tippen, werben die anderen mit Politikern.

Von Eva Probst

Die deutsche Karre steckt im Dreck. Tief eingesunken sind die Räder in Arbeitslosigkeit, Staatsverschuldung, Rentenloch und Bildungsmisere. Doch statt kräftig anzupacken, stehen die Politiker zögernd daneben. Und die Karre sackt immer tiefer.

"Der Reformstau" heißt dieses Bild. Zu seinen Urhebern gehört traditionell die Opposition, und auch Journalisten benutzen es. In neuester Zeit zeichnen aber auch Bürgerinitiativen dieses Bild, Bürgerinitiativen gegen den Stillstand in der Bundespolitik. Das überrascht, denn schließlich sind Bürgerinitiativen für gewöhnlich gegen Mobilfunkmasten, Atomkraftwerke oder Flughäfen, für Denkmäler, Kindergärten oder Naturschutzgebiete. Ihre Projekte sind konkret und lokal, nicht bundespolitisch und abstrakt.

Mobilisiert hat die neue Bewegung ein Misstrauen gegen die Politik. Sie traut den Politikern nicht zu, die Probleme allein zu lösen - unabhängig von ihrer Couleur. Eine gemischte Schar hat sich unter dem Dach versammelt: debattiermüde E-Mail-Schreiber, bürgerliche Visionäre und finanzstarke Aufklärer. Einen Schub erlebte die Bewegung Ende November nach den Bundestagswahlen. Damals gestand der Finanzminister ein riesiges Loch in der Staatskasse ein und verkündete neue Steuerpläne, die Opposition verlangte einen Lügenausschuss, und Brüssel drohte mit einem blauen Brief. Derweil dudelte im Radio der Steuersong und tausende schickten Schröder ihr letztes Hemd.

Während die einen populäre Rücktrittsforderungen streuten, verlangten andere Reformen. Im Netz entstanden Seiten wie <http://www.reformpolitik-jetzt.de> oder <http://www.deutschland-braucht-reformen.de>. Die Macher rufen dazu auf, dem Kanzler E-Mails zu schicken. "Wir fordern, Reformen genau so umzusetzen, wie sie von neutralen und unabhängigen Wirtschaftsexperten gefordert werden - ohne Einbeziehung jeglicher Interessenverbände", heißt es darin. Diese verhallenden Aufrufe waren Vorläufer stärkerer Initiativen.

Mehr Ausdauer - und mehr Ehrgeiz - hat eine Gruppe

**StZ**



Ist i  
zu r  
Ist €  
uns  
stör  
tecl  
öko  
Frei  
Sie  
Les  
der  
[ >>> ]

**Kor**



Am  
Am  
Kon  
Wir  
Vor  
lang  
Ger

von Visionären. Projekt Neue Wege nennt sich die Initiative und ist ebenfalls ein Kind des Frustmonats November. Sie fordert "mehr Freiheit und Eigenverantwortung" im Staat. Unter Vorsitz des pensionierten Unternehmensberaters Jörg Schülke konzipieren rund 2000 Mitglieder Reformen zu Steuererhebung, sozialer Sicherheit, Bildung und Verwaltung - mal ist die Schweiz Vorbild, mal Estland. Es sind Selbstständige, Führungskräfte, Ärzte, Steuerberater, Sachbearbeiter und auch Studenten. Man versteht sich nicht als Protestler, sondern will Abgeordnete bei der Entwicklung neuer Ideen unterstützen. Bei lokalen Veranstaltungen wird für die Konzepte geworben. Bis Ende 2004 will der Verein 12 000 Mitglieder haben.

Das Programm "schlanker Staat" ist Konsens unter den Initiativen. So sollen Steuern gesenkt und die Privatvorsorge gestärkt werden. Flexiblere Arbeitsverträge und geringere Lohnnebenkosten sollen Jobs schaffen. Bildungsoffensive ist ein beliebtes Stichwort. Diese Punkte finden sich auch im Programm des professionell unterstützten Bürgerkonvents. Dieser startete Anfang Mai eine Werbekampagne mit dem Motto "Deutschland ist besser als jetzt". Darin wurde dem Reformstau die Tatkraft der Menschen in der deutschen Geschichte gegenübergestellt - beim Wiederaufbau oder beim Oderhochwasser.

Der Sprecher der Initiative, der Sozialforscher Meinhard Miegel vom Institut für Wirtschaft und Gesellschaft in Bonn, betreibt keine Politikerschelte. Er führt den Reformstau auf einen "Wahrheitsstau" zurück. Aus Angst vor Stimmenverlust würden Politiker nicht sagen, welche Missstände im Land herrschten, und könnten folglich nicht sagen, was dringend zu tun sei. Der Bürgerkonvent will die Bürger über Missstände aufklären, um die Bereitschaft zu Reformen zu wecken. Zudem bildet er Ortsgruppen, die den Abgeordneten in den Wahlkreisen den Rücken stärken sollen. Mehr als 2500 Menschen sind bereits Mitglied. Das Konzept würde den Bürgerkonvent zu einer Bürgerinitiative machen, gäbe es nicht eine gewisse Intransparenz: Der Bürgerkonvent legte anfangs weder Geldquellen noch Köpfe offen. Es ist also nicht klar, ob eine Interessengruppe die Initiative lenkt. Offiziell heißt es, dass die Spenden in Millionenhöhe von Privatpersonen kämen, prominente Politiker nicht unter den Mitgliedern seien.

Es ist jedoch nicht ungewöhnlich, dass Initiativen gegen den Reformstau nicht dem bürgerlichen Lager entstammen, sondern von Verbänden getragen werden, mit Prominenten werben und Politiker auf ihrer Seite wissen. Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) etwa geht auf den ehemaligen Bundesbankpräsidenten Hans Tietmeyer zurück. Seit Herbst 2000 erhält die Initiative von den Arbeitgeberverbänden der Elektro- und Metallindustrie jährlich 8,8 Millionen Euro für Kampagnen, um "die Menschen in Deutschland für marktwirtschaftliche Reformen zu gewinnen". Träger der Botschaften sind unter anderem Wirtschaftsminister Clement und Ministerpräsident Edmund Stoiber. Der Wähler ist das Ziel.

So soll zum Beispiel das Motto "Weniger Sozialstaat bringt mehr Jobs" Einschnitte in Kündigungsschutz oder soziale Leistungen positiv besetzen. Der Slogan prangte am 1. Mai auf Plakaten im Berliner Regierungsviertel. Das Deutsche Historische Museum hat es seiner Sammlung einverleibt, da damit erstmals eine

Wirtschaftsbewegung Botschaften über Plakate verbreitete. 23 Tage später, am letzten Spieltag der Bundesliga, zog ein Flugzeug ein Banner über das Stadion des Wackelkandidaten Arminia Bielefeld: "Ohne Reformen steigt Deutschland ab". Bekannt ist die INSM auch für die Abgeordnetenzeugnisse in "Bild" oder das Reformbarometer in der "Wirtschaftswoche" sowie für Kolumnen und Studien zur Wirtschaftspolitik.

Die Initiativen schaffen ein politisches Forum abseits der Parteien. Die Bewegung beruft sich auf eine genaue Lesart des Artikels 21 Grundgesetz: Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes "mit", sie bestimmen nicht allein. Eine Studie der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung steht dieser Art der Einflussnahme kritisch gegenüber. Die Positionen der Initiativen erhielten im bürgerlichen Lager vor allem deshalb Zustimmung, weil sie nicht durch "in der Demokratie notwendige Kompromisse verwässert" seien. Es werde das "Ende der Konsensgesellschaft gefeiert", heißt es. Damit würden die Initiativen eine "unrealistische Politikoption" vermitteln. Die Studie stellt zudem fest, dass die Mitglieder von Bürgerinitiativen wie dem Bürgerkonvent keine konkreten Handlungsmöglichkeiten hätten, selbst nichts ändern könnten.

Außer einem spürbaren Stimmungswandel ist von den Bürgerinitiativen ohnehin nur wenig zu erwarten. Die Karre anpacken muss die Politik selbst.

Aktualisiert: 20.09.2003, 05:03 Uhr

 nach oben

[ [News](#) | [StZ von heute](#) | [Was Wann Wo](#) | [Märkte](#) | [Verlags-Service](#) ]

---

© 2003 Stuttgarter Zeitung online | [Leserbrief schreiben](#)